Econ.

# Der wirtschaftliche Wiederaufbau

von

Dr.-Ing. A. Eckardt, Zwickau.

Dresden 1919

330.943
Ec 57w

# Vorwort.

Das vorliegende Heft II unserer Flugschriften behandelt die Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaues, deren Lösung bekanntlich dadurch ungeheuer erschwert wird, daß maßgebende Persönlichkeiten bezw. Parteien in der Regierung und in den Parlamenten den Standpunkt vertreten, daß bei diesem Wiederaufbau sozialistische Grundsätze maßgebend angewendet werden müßten. Auch wird, wie von führenden, der sozialdemokratischen Partei angehörenden Mitgliedern der Regierung wiederholt mit Genugtuung betont worden ist, die Sozialisierung auf dem Wege der Besteuerung neuerdings als besondere Errungenschaft unserer Zeit gefeiert. Daneben gehen Tendenzen auf Wiedereinführung zwangswirtschaftlicher Maßnahmen, möglichst weitgehender Fesselung der wirtschaftlichen Freiheit, her.

Demgegenüber wird in den Kreisen von Industrie und Handel wohl ausnahmslos der Standpunkt vertreten, daß der Wiederaufbau am ehesten vor sich gehen würde, wenn man sucht, abseits von dem politischen Tagesstreit der Meinungen, in den die Sozialisierungsfrage restlos untergegangen ist, vollziehen würde. Lediglich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, nach Zweckmäßigkeitsgründen, nach dem Höchstmaß des zu erzielenden Effektes sollten alle die Maßnahmen erörtert werden, die notwendig sind, um die vorläufig noch immer weiter verfallende deutsche Volkswirtschaft wieder aufzurichten. Die Männer der praktischen Arbeit, die führenden Köpfe der Industrie sind hierzu bereit, wenn sie es auch natürlich ablehnen, einem Prinzip zuliebe sich Anschauungen zu unterwerfen, deren wirtschaftlich nachteilige Wirkungen sie mit dem sicheren Blick des geübten Wirtschafters voraussehen.

Auch in der vorliegenden Schrift kommt diese Bereitwilligkeit zum Ausdruck. Ihr Verfasser, der als Geschäftsführer des Bergbaulichen Vereins für Zwickau und Lugau-Oelsnitz eine jahrzehntelange praktische Erfahrung erworben hat und jetzt als Mitglied der Volkskammer die wirtschaftlichen Probleme unserer Zeit besonders nahe studieren kann, will einmal diese Bereitwilligkeit der Männer der Arbeit zum Wiederaufbau zeigen, auf der anderen Seite Richtlinien geben, nach denen dieser Wiederaufbau erfolgreich betrieben werden kann, sobald nur einmal das Phantom der Sozialisierung die führenden Geister und die ihnen folgenden Massen nicht mehr verwirrt.

Dresden November 1919.

Verband Sächsischer Industrieller.

25 M 25 A.M.E.
Commune Z 7024 Nov. 20

Von allen den Wirrnissen, in denen sich das Deutsche Reich befindet, sind auf wirtschaftlichem Gebiet die allgemeine Arbeitsunlust und die finanziellen Schwierigkeiten die schlimmsten. Die Beseitigung der ersteren ist selbstverständlich die erste Voraussetzung dafür, daß Deutschland sich wieder erholt. Sie ist eine politische Angelegenheit und wäre vorzugsweise die Aufgabe derjenigen, die die Köpfe der Arbeiter durch unerfüllbare Versprechungen verwirrt haben. Aber unabhängig hiervon stellen die Ueberschuldung von Reich, Staat und Gemeinden und die Entwertung der Mark im In- und Ausland Aufgaben an die Wirtschaftspolitik, von deren Lösung Ungeheures abhängt.

Bei den vielen Vorschlägen, die hierzu gemacht sind, wird meist übersehen, daß Verschuldung, Kaufkraft innerhalb und außerhalb der Grenzen des Reiches, und Zwangswirtschaft untrennbar verbunden sind, und daß alle Versuche, an einer Stelle ohne Berücksichtigung der andern zu bessern, von vornherein aussichtslos sein müssen. Im übrigen muß man bestrebt sein, nicht das zu sehen, was man möchte, sondern das, was ist.

Von diesem Standpunkt aus mögen die nachfolgenden Ausführungen betrachtet werden.

Der Verfasser.

## 1. Die Kaufkraft des deutschen Geldes im Inland.

Die Knappheit der Lebensmittel während des Krieges, die Folge der Absperrung vom Ausland, machte sich zunächst nur in einer mäßigen Teuerung bemerkbar. Die Rationierung von Getreide, Fett und Fleisch sorgte im Zusammenhang mit Höchstpreisen für angemessene Preise. Selbst in der Zeit der schlimmsten Ernährungslage, im Kohlrübenwinter 1917, waren die Preise nicht zu der Höhe gestiegen, die man nach der Notlage hätte erwarten können. Hieran mag zum Teil die noch ungebrochene Opferwilligkeit aller Stände die Ursache sein, in der Hauptsache aber die damalige Kaufkraft der Bevölkerung, die sich noch nicht von der im Frieden unterschied. Anders wurde es, als der Krieg sich immer mehr in einen Materialkrieg wandelte, als in der Heimat fieberhaft an der Herstellung von Kriegsbedarf gearbeitet wurde. Um die Erzeugung anzuregen, war die Heeresverwaltung geneigt, den Industrielien hohe Preise zu zahlen, und diese wiederum waren in den Stand gesetzt, sich durch entsprechende Löhne die nötigen Arbeiter zu sichern. Immerhin war der Lohnsteigerung eine Schranke dadurch gesetzt, daß die große Zahl der vom Heeresdienst Reklamierten an die Arbeitsstätte gefesselt und der freie Wettbewerb der Arbeitnehmer dadurch ausgeschaltet war. Dies änderte sich mit dem Hindenburgprogramm oder vielmehr mit dem Zerrbild, das der Reichstag aus dem ursprünglichen Plan gemacht hat. Denn anstatt den Heimatdienst entsprechend dem Kriegsdienst zu gestalten, wurde die den Reklamierten gesetzte Schranke beseitigt und ihnen der Wechsel der Arbeitsstätte ermöglicht, falls ihnen nur eine Besserung der Arbeitsbedingungen in Aussicht stand. Der hierdurch entfesselte Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt wurde vollends ungezügelt, als die Arbeitgeber durch die Gepflogenheit der Heeresverwaltung, Selbstkosten und Gewinne nach den Kosten von Material und Löhnen zu bemessen, nicht nur nicht zur Sparsamkeit bei der Lohnfestsetzung genötigt wurden, sondern im Gegenteil um so höheren Verdienst erwarten durften, je höher die von ihnen gezahlten Löhne waren, falls nur genügend Waren abgeliefert wurden. Immerhin sind die in der letzten Kriegszeit gezahlten Löhne ein Kinderspiel gegenüber denjenigen, die sich die Arbeiter nach der Revolution zu verschaffen wußten. Eine Lohnerhöhung folgte der anderen, oft mehr betragend als der gesamte Friedenslohn. Hierzu kam die Rückkehr der zum Heeresdienst Eingezogenen und die Erwerbslosenfürsorge, sodaß mit einem Male eine ganz ungeheuere Steigerung des Einkommens und der Kaufkraft der in der Industrie Beschäftigten stattfand, der sich eine wenn auch geringere Steigerung des Einkommens der Beamten anschloß. Zu gleicher Zeit verringerte sich die verfügbare Lebensmittelmenge infolge Wegfalls der bedeutenden Zufuhren aus den besetzten Gebie-

ten des Ostens, und die gesamte Kaufkraft stürzte sich auf die verhältnismäßig geringe Menge Lebensmittel. Von dieser war der größte Teil durch Rationierung und Höchstpreise von der Preissteigerung ausgeschlossen, sodaß der Andrang nach den freien oder im Schleichhandel verkauften Waren um so ärger wurde. Solange nur ein verhältnismäßig geringer Teil der Bevölkerung in der Lage war, Schleichhandelspreise zu zahlen, blieben sie mäßig. Als der überwiegende Teil des Volkes sie bot, mußten sie ungeheuer steigen, und jede weitere Lohnerhöhung muß mit Naturnotwendigkeit die Preise weiter steigern. Die hohen Löhne, die allgemeine Arbeitsunlust und die Erwerbslosenfürsorge haben zudem die verhängnisvolle Folge, daß die Erzeugung von Lebensmitteln ebenso wie die anderer notwendiger Güter zurückgeht und so die verhängnisvolle Lage weiter verschärft.

Gegenüber diesem Tatbestand spielt die Frage, ob die Teuerung eine Folge der Inflation, der Ueberschwemmung mit Papiergeld ist, nur eine untergeordnete Rolle. Von dem Papiergeld dürfte ein sehr großer Teil überhaupt nicht im Umlauf sein; bekanntlich sind von der belgischen und französischen Regierung in den früher besetzten Gebieten viele Milliarden eingewechselt worden und werden wohl von ihnen verwahrt; ebenso dürften sich noch viele Milliarden in den besetzten östlichen Ländern befinden und erst allmählich ihren Weg in die neutralen Länder nehmen. Milliarden dürften ferner bei der Landbevölkerung ihrer späteren Auferstehung harren; das Mißtrauen gegenüber Anleihen und Sparkassen in der Kriegszeit veranlaßte die Bauern, das Geld, das sich bei ihnen infolge der Verringerung des Viehstandes, der Unterlassung von Instandhaltungsarbeiten und Verbesserungen u. dergl. anhäufte, lieber nach alter Sitte im Strumpf aufzubewahren; in späterer Zeit kam hierzu das Bestreben, das im Schleichhandel erworbene Einkommen nicht bekannt werden zu lassen. Und schließlich sind die Schieber nicht zu vergessen, die die Einkommendeklaration und den Verkehr mit Banken schon deshalb scheuen, um nicht ihre unlauteren Machenschaften ruchbar werden zu lassen, und große Papiermengen anhäufen, um sie zu gelegener Zeit ins Ausland zu verschleppen. Diese Mengen verhalten sich genau so, wenigstens in der jetzigen Zeit, wie fundierte Schulden, nur mit dem Vorteil für das Reich, daß sie keine Zinsen beanspruchen. Die Inflation, die jetzt durch die Erwerbslosenfürsorge, die höheren Gehälter und Löhne sowie Beschaffungsbeihilfen für die Beamten und Arbeiter des Staates, die mangels anderer Einkünfte durch den Druck von Papiergeld bestritten werden müssen, erfolgt, ist nicht die Ursache, sondern lediglich die Begleiterscheinung der oben geschilderten Erhöhung der — papierenen — Kaufkraft der Bevölkerung. So schwer es jetzt ist, Lebensmittel — von den übrigen Lebensnotwendigkeiten abgesehen — zu beschaffen, so leicht ist es, die Druckerpresse in Bewegung zu setzen; und die Arbeiterschaft kauft blindlings darauf los in der Ueberzeugung, daß nötigenfalls schon die Drohung mit Streik die gewünschte Lohnerhöhung zur Folge haben werde.

Es ist eine vergebliche Hoffnung, daß das Wettrennen von Einkommen und Preisen sich einmal totlaufen werde, wenn in der jetzigen Weise weiter verfahren wird. In einem geschlossenen Handelsstaat ist das Einkommen genau das gleiche wie der Wert der erzeugten Güter. Betreffs der Löhne, Gehälter, Dividenden ist das z. B. bei einer Fabrik ohne weiteres einzusehen; die Steuern findet man wieder in den Gehältern der Staatsbeamten, Anleihezinsen und dergleichen. Rückstellungen sind Einkommen, die nur nicht sofort an den Unternehmer ausgeliefert werden; Abschreibungen kann man sich durch tatsächliche Anschaffungen in jedem Jahr ersetzt denken, die wie Rohstoffe und Materialien ihrerseits den geschilderten Vorgang bereits durchlaufen haben. Diese Zergliederung läßt sich bei jedem Ausgabeposten durchführen, nur muß man sich nicht an die Verhältnisse eines bestimmten Jahres und Unternehmens klammern, vielmehr die gesamte Volkswirtschaft im Auge haben. Vom Einkommen abzuziehen sind hingegen — um von dem Geldverkehr mit dem Ausland abzusehen — sämtliche aus dem Ausland eingeführte Waren. Entsprechend ist der Vermögenszuwachs in jedem Jahre gleich dem Wert der erzeugten, aber nicht verbrauchten Güter, und das Volksvermögen der Wert der vorhandenen Güter abzüglich der Auslandsschulden. Zu berücksichtigen ist selbstverständlich, daß der Wert der Güter vom Weltmarkt abhängt und infolgedessen Veränderungen ausgesetzt ist, die eine Ungleichheit des Vermögens und des Wertes der Gütermenge herbeiführen können, Ursachen der Wirtschaftskrisen.

Zu dem gleichen Schluß kommt man, wenn man sich den Fall vorstellt, daß während eines bestimmten Zeitraums das Einkommen größer ist als die Summe des Kaufpreises der erzeugten Güter. Das Mehreinkommen wäre schlechterdings unverwendbar. Der Einzelne kann sich zwar von seinem Ueberschuß z. B. ein Haus kaufen, damit wird aber der gezahlte Preis nur an anderer Stelle frei und dort unverwendbar. Auch die Sparkasse kann die ihr anvertrauten Gelder nur dadurch nutzbar machen, daß sie z. B. Hypotheken ausleiht, die nun ihrerseits zum Ankauf erzeugter Güter entweder unmittelbar oder durch Gewährung von Löhnen mittelbar dienen. Das überschüssige Einkommen drängt vielmehr zur Verwendung und führt zur Steigerung aller Preise, bis wiederum der Ausgleich eingetreten ist.

In der Jetztzeit ist das Verhältnis des Einkommens zu dem Wert der erzeugten Güter vollständig verschoben. Der letztere ist, gemessen nach den Preisen der Vorkriegszeit, nur ein Bruchteil der früheren, das Einkommen hingegen hat sich vervielfacht. Schon das Einkommen eines Erwerbslosen ist jetzt höher als das Durchschnittseinkommen vor dem Krieg. Bezifferte man das gesamte Einkommen des Volkes vor dem Krieg auf 40 Milliarden jährlich, so können wir es jetzt mindestens mit dem dreifachen Betrag einsetzen. Bei dem größten Teil des Volkes, Beamten, Angestellten und Arbeitern ist mit Sicherheit anzunehmen, daß das Einkommen restlos wieder ausgegeben wurde, da ja der Drang nach

höheren Gehältern und Löhnen sonst zum Stillstand gekommen wäre; es muß demzufolge der Gegenwert in den gegen das Einkommen eingetauschten Waren liegen. Nun ist zwar ein an sich großer Betrag als Gegenwert für die eingeführten Waren ins Ausland abgeflossen, gegenüber den im Inland erzeugten Waren ist dieser Betrag jedoch sicherlich gering zu nennen. Das erhöhte Einkommen muß deshalb in der Hauptsache bilanzieren mit dem Wert der im Inland erzeugten Güter, es bleibt also größtenteils im Land, nur geht es vorzugsweise volkswirtschaftlich unerwünschte Wege in die Taschen der Schieber.

Ganz ähnlich wie beim Einkommen hat sich ein Mißverhältnis zwischen Vermögen und Gütermenge herausgebildet. Das vor dem Krieg auf 360 Milliarden geschätzte Volksvermögen hat sich während des Krieges durch den Verbrauch der Vorräte, durch Abnützung ohne entsprechenden Ersatz oder Erneuerung mindestens auf 300 Milliarden verringert (ungerechnet die Abtrennung Elsaß-Lothringens, des Saargebiets, der polnischen Provinzen), wenn man den Wert vor dem Kriege zugrunde legt. Jetzt ist das Vermögen scheinbar erheblich gestiegen, denn zu den 300 Milliarden sind reichlich 200 Milliarden Forderungen an den Staat selbst gekommen, die Gütermenge hingegen ist nicht größer geworden, da die für jene 200 Milliarden erzeugten Güter — in der Hauptsache Heeresbedarf — infolge des unglücklichen Ausgangs des Krieges wertlos geworden sind. Wir haben deshalb die Ungleichung: 500 Milliarden Vermögen ist nicht gleich 300 Milliarden Gütermenge. Selbstverständlich sind die Zahlen nur willkürlich gewählt, da niemand in der Lage ist, Zahlen mit irgend welchem Anspruch auf einige Genauigkeit anzugeben.

Wir befinden uns in der Lage einer Gesellschaft, deren Aktiva mit 300 Milliarden zu Buche stehen, deren Passiva den Betrag von 500 Milliarden erreichen. Der privatwirtschaftliche Betrieb hat im allgemeinen in solcher Lage nur die Möglichkeit, die Passiva von 500 Milliarden auf 300 Milliarden herabzusetzen, etwa seine Aktien zusammenzulegen. Es ist dies der gleiche Weg, der mit dem Reichsnotopfer angestrebt wird. Unter Umständen aber kann schon der Privatmann anders handeln, indem er den Wert der Aktiva bis zum Ausgleich heraufsetzt, und zwar dann, wenn er bilanzmäßig zu niedrig angesetzt, z. B. zur Erzielung stiller Reserven bis auf eine Kleinigkeit abgeschrieben war. Auch die große Volkswirtschaft kann sich dieses Mittels bedienen, wenn der Wert der Aktiva, gemessen nach dem Weltmarkt, dies erlaubt; wir erhalten dann die Gleichung 500 Milliarden Vermögen ist gleich 500 Milliarden Güterwert. Praktisch stellt sich dieser Schritt als eine der Entwertung des Geldes entsprechende höhere Einschätzung der Güter, namentlich der Produktionsmittel, dar. Die Entscheidung darüber, ob die Dinge von selbst zu einer von beiden Lösungen drängen oder ob man die eine von ihnen befördern soll, hängt wesentlich von unserem Verhältnis zum Ausland ab.

## 2. Die Kaufkraft des deutschen Geldes im Ausland.

Wer im Ausland eine deutsche Banknote erhält, hat keine Möglichkeit, sich dafür etwas zu kaufen, da sie dort nicht in Zahlung genommen wird. Er ist darauf angewiesen, sie gegen Geld seines Landes einzutauschen. Im allgemeinen geschieht dies bei einer Bank, bei der auch die Nachfrage nach deutschen Zahlungsmitteln auftritt, um hiermit deutsche Waren zu bezahlen. Bei diesem Austausch — der nicht des Papiergeldes in Natur bedarf, sondern auch durch Zahlungsanweisungen erfolgen kann — entsteht am Schluß in der Regel ein Saldo zu Gunsten des einen oder anderen Landes je nach der ein- und ausgeführten Gütermenge. Je mehr die Einfuhr nach Deutschland die Ausfuhr überwiegt, um so mehr müssen deutsche Noten angeboten werden und damit ihr Wert sinken. Im Frieden konnte der Ausgleich des Saldos notfalls durch die Einlösung der Noten mit Gold erfolgen, sodaß der Wert deutscher Noten nicht unter den Goldpunkt sinken konnte. Jetzt, wo die Verpflichtung zur Einlösung der Noten aufgehoben ist, wo zugleich die Einfuhr nach Deutschland die Ausfuhr bei weitem überwiegt, versagt dieser Ausgleich. Der Ueberschuß, verstärkt durch den ungeheuren Schmuggel von Papiergeld aus Deutschland heraus, ist zunächst unverwertbar und trägt keine Zinsen. Er kann zinsbar gestaltet werden durch Gewährung von Krediten an das Deutsche Reich (Valutaanleihe) oder an Private in Deutschland (Valutahypothek), wird dadurch fundiert und vom Markt zurückgezogen. Er kann ferner angelegt werden im Erwerb deutscher Geschäftsanteile, Fabriken, Grundstücke u. dergl. Schließlich aber, und das dürfte zur Zeit noch die Hauptverwendung sein, dient er Spekulationszwecken, indem deutsche Banknoten in der Erwartung späterer Verwertung angekauft werden, wobei der zu erwartende Zinsenverlust eskomptiert wird. Je geringer die Hoffnung auf eine Besserung der deutschen Währung ist, um so tiefer muß notwendigerweise der Kurs der deutschen Banknoten sein. Bei der geringen Wahrscheinlichkeit, daß unsere Ausfuhr in absehbarer Zeit die Einfuhr übersteigt und bei dem großen Zustrom von Noten, den jede Besserung unserer Valuta zur Folge haben muß, scheint es ausgeschlossen, daß die Valuta sich in den nächsten Jahren wesentlich bessern kann, wie der Mißerfolg des amerikanischen Eingreifens zeigt. Träte dieser Fall jedoch ein, so müßte gleichzeitig — freien Außenhandel vorausgesetzt — eine außerordentliche Nachfrage nach ausländischen Waren in Deutschland eintreten, so daß die Valuta binnen kurzem wieder auf ihren früheren Stand zurücksinken würde. Wir können demgemäß annehmen, daß der heutige Kurs weniger von Angebot und Nachfrage, als durch die Schätzung der künftigen Wirtschaftslage Deutschlands bestimmt wird und daß deshalb die Verworrenheit der Zustände, die Arbeitsunlust des Volkes und anderes mehr einen großen Teil der Schuld am jetzigen Tiefstand der Valuta tragen.

Ferner darf der Zusammenhang des auswärtigen Kursstandes mit der inländischen Kaufkraft nicht übersehen werden. Wenn das Einkommen des deutschen Volkes noch das gleiche wie vor dem Kriege wäre, könnte z. B. Schmalz mit einem Preis von sechzehn Mark für das Pfund überhaupt in größeren Mengen nicht verkauft werden. Die Einfuhr von Schmalz, Speck, Margarine u. dergl. wäre unmöglich, die Valuta würde entsprechend steigen. Umgekehrt muß eine jede Vermehrung des — scheinbaren — Einkommens einen neuen Anstoß zu umfangreicher Einfuhr von Lebensmitteln bilden und die Entwertung der Mark aus dem Inland ins Ausland übertragen. In gleicher Weise hat eine künstliche Hebung des Kursstandes im Ausland bei freier Wirtschaft den Erfolg, daß ein ungeheurer Strom von Waren nach Deutschland hereinströmt, der deutschen Industrie aber die Ausfuhr erschwert wird. Innere und äußere Kaufkraft sind bei freier Wirtschaft untrennbar verkoppelt.

## 3. Zwangswirtschaft und Außenhandel.

Die Zwangswirtschaft ist von der Not des Krieges geboren und war unvermeidbar. Sie bestand nicht nur in der Rationierung bei der Verteilung, sondern auch in einem ausgeklügelten und weitverzweigten Aufbau von Verordnungen über Höchstpreise für die Erzeuger, Preisaufschlägen für Groß- und Kleinhändler, und umfaßte nicht nur die wichtigsten Lebensmittel, sondern auch Bedarfsgegenstände. Wuchervorschriften sollten im übrigen eine allzuweite Preissteigerung verhüten. In die Zwangswirtschaft wurde auch der städtische Grundbesitz einbegriffen, indem eine Steigerung der Mieten im wesentlichen verhindert wurde. In letzter Zeit ist eine neue Art der Zwangswirtschaft dadurch hinzugekommen, daß industrielle Unternehmungen gezwungen wurden, ihren Betrieb fortzusetzen, obwohl er mit einem ständig wachsenden Verlust verbunden war. Während so die meisten Gebiete menschlicher Tätigkeit in Fesseln geschnürt wurden, waren nur die Arbeiter bei der Gestaltung ihrer Wünsche frei und wußten diese Freiheit entsprechend auszunützen. Welche Folgen die damit zusammenhängende Verstärkung des Einkommens hat, ist bereits geschildert worden.

Das Mißliche der Zwangswirtschaft hat nicht verborgen bleiben können, und es sind deshalb schüchterne Versuche gemacht worden, sie abzubauen. Die dabei gemachten Erfahrungen, insbesondere bei der Freigabe von Hafer und Leder, haben scheinbar enttäuscht, da sie zu einer gewaltigen Preissteigerung führten. Diese war aber notwendig, wenn nicht die Waren sofort ihren Weg ins Ausland finden sollten; ob sie im übrigen volkswirtschaftlich schädlich war, läßt sich nicht sagen, da man nicht weiß, ob nicht dadurch die Preissteigerung anderer ebenso wichtiger Waren verhindert wurde, da sich eben der Preis nach der Summe der vorhandenen

Güter nach dem Einkommen richtet. Aus diesem Grunde könnte man einer sofortigen Aufhebung der Zwangswirtschaft das Wort reden, wenn nicht das Gesetz von Angebot und Nachfrage eine gewisse Zeit brauchte, um sich durchzusetzen, demgemäß in der ersten Zeit eine ungeheure Preissteigerung der allerwichtigsten Lebensnotwendigkeiten einsetzen würde.

Gehälter und Löhne können sich dem nicht so schnell anpassen, die Folge wäre Hungersnot und Aufstand.

Verschärft würden diese Wirkungen, wenn man zu gleicher Zeit den Auslandshandel freigeben wollte. Infolge der Zwangswirtschaft ist die Lebenshaltung in Deutschland unter Berücksichtigung der Valuta erheblich billiger als im Ausland. Nicht nur Getreide und Vieh, sondern auch andere Waren würden in einem reißenden Strom ins Ausland abfließen, zugleich aber würde der Preis dem Weltmarktpreis sich schnell nähern, z. B. bei Brot etwa das vierfache des jetzigen Preises erreichen. Es bedarf keiner besonderen Voraussicht, um sich die Folgen auszumalen. Wenn jedoch die Zwangswirtschaft für die im Lande erzeugten Waren beibehalten wird, muß sich bei freiem Außenhandel ein Nebeneinander von teuren und billigen Waren einstellen, ohne daß man im einzelnen Falle die Herkunft ermitteln kann. Die Produktion an rationierten Waren läßt sich noch schwerer erfassen, die Korruption steigt, das Schiebertum feiert weiter Feste. Unsere Industrie ist unter der Zwangswirtschaft in der Lage, sehr billig zu produzieren, wenigstens im Verhältnis zum Weltmarktpreis unter Ansehung der Valuta. Freier Außenhandel würde bedeuten, daß das Ausland zum Inlandspreis kauft; entweder würde der Valutagewinn dem Ausland zufließen oder der Fabrikant ungeheure Gewinne selbst bei der denkbar stärksten Besteuerung erzielen, bis der Inlandspreis sich dem Weltmarktpreis angeglichen hätte.

Bleibt also zunächst nichts übrig, als den Außenhandel weiter zu überwachen. Man behält dann die doppelte Preisbemessung, je nachdem es sich um Auslands- oder Inlandsware handelt mit allen ihren schädlichen Folgen, oder wie während des Krieges den Ankauf durch die Z. E. G. und Einbeziehung in die Rationierung. Die künstliche Herabsetzung des Preises durch Reichszuschüsse ist ein Mittel, dem man die Berechtigung absprechen muß und das auf die Dauer ohnehin nicht durchführbar wäre.

Die Schwierigkeiten bei der Ausfuhr sind noch größer. Es muß verhütet werden, daß der Industrielle ins Ausland zu billig verkauft; dieser wird aber bei den billigen Produktionskosten Bedenken tragen, dem Ausländer einen dem Herstellungs- und Inlandspreis derart weit überlegenen Preis abzufordern, wie es die Valuta verlangt. Die Ueberwachungsbehörde jedoch kann unmöglich ein derartiges Sachverständnis aufbringen, um in jedem einzelnen Falle den angemessenen Preis nennen zu können. Auch die Verbände der Wisselschen Planwirtschaft wären hierzu nicht in der Lage. Hierzu gehört nicht nur Sachkenntnis, sondern auch persön-

liches Interesse und ein Einfühlen in die Bedürfnisse und die Geistesveranlagung des Käufers, wie sie nur der Einzelkaufmann aufbringen kann. Wenn es auch in den ersten Jahren nach dem Kriege genügen mag, überhaupt Waren herauszubringen, da allenthalben der äußerste Mangel besteht, so darf dabei doch nicht vergessen werden, daß die deutsche Ware einen Ruf zu verlieren hat und daß sehr bald wieder die Zeit des schärfsten Wettbewerbs kommen wird, wo alle Fähigkeiten des Kaufmanns nötig sein werden, um den nötigen Absatz zu erzielen. Wenn ein freiwilliger Zusammenschluß der Industrie zur Erzielung angemessener Preise erfolgt, so ist das im übrigen nur zu begrüßen, denn er wird von selbst nur so lange dauern, als er nützlich ist.

## 4. Der Ausweg.

Die Störung der volkswirtschaftlichen Bilanz Deutschlands, die Verringerung der Kaufkraft des deutschen Geldes sowohl im Inland als auch im Ausland und die Verschiedenheit beider sowie die Folgen der Zwangswirtschaft sind Erscheinungen, die man nicht unabhängig von einander betrachten darf, und stellen Aufgaben, die nicht eine ohne die andere gelöst werden können. Das wirtschaftliche Leben eines Volkes stellt ein verwickeltes Räderwerk dar, bei dem alle Räder in einer oder der anderen Weise ineinandergreifen und nicht nach verschiedenen Gesetzen selbständig für sich laufen können, ohne das gesamte Getriebe in Verwirrung zu bringen. Deshalb ist es falsch, entweder die innere Kaufkraft oder die äußere Kaufkraft für sich heben zu wollen.

Die Anhänger der Devalvation, der künstlichen Einziehung eines Teils des Papiergeldes, sehen das Grundübel unseres Leidens in der Inflation und glauben, durch eine Hebung der Kaufkraft des Geldes im Inland vor allem die Lohnkämpfe beseitigen und das wirtschaftliche Leben wieder in Gang bringen zu können. Sie verweisen auf die günstigen mit der Notenabstempelung in der Tschecho-Slowakei gemachten Erfahrungen. Aber abgesehen davon, daß die Tschecho-Slowakei gewissermaßen als Sieger aus dem Weltkrieg hervorgegangen ist, von Kriegsentschädigungen nicht bedroht ist und von der Entente schon als Feind des Deutschtums Stärkung zu erwarten hat — alles Dinge, die für die Zukunft eine günstige Entwickelung erwarten lassen — hat sie durch die Notenabstempelung erklärt, daß sie nur die im Lande befindlichen Banknoten als ihre Verbindlichkeit ansieht, und dadurch sich von der großen Flut Papiergeld losgesagt, die ursprünglich die Gesamtmonarchie überschwemmte.

Für Deutschland scheint die Abstempelung an sich technisch undurchführbar, weil ein sehr großer Teil der Noten sich bereits im Ausland befindet und nicht mehr getroffen werden kann. Bei der ungeheuren Menge scheint es nicht einmal ausführbar, den am Stichtag

im Ausland befindlichen Vorrat besonders auszuzeichnen, sodaß es möglich ist, jederzeit aus dem Innern Deutschlands weitere Mengen zu verschleppen. Schon die Ankündigung Erzbergers hat bekanntlich einen gewaltigen Andrang von Noten zur Folge gehabt. Eine unterschiedslose Entwertung der Noten würde den Staatsbankrott bedeuten und den Verkehr mit dem Auslande vollends erschweren.

Die Abstempelung der im Inland befindlichen Noten dürfte nur einen geringen Einfluß haben. Schätzen wir den Notenumlauf in Deutschland allein auf die Hälfte der Ausgabe, also auf etwa 20 Milliarden Mark, so würde die doch schon tiefeinschneidende Abstempelung auf die Hälfte eine Verbesserung unserer Bilanz lediglich um 10 Milliarden Mark bedeuten, eine Kleinigkeit gegenüber der Schuldenlast von über 200 Milliarden; das Gleichgewicht zwischen Vermögen und Gütermenge wäre also bei weitem noch nicht eingetreten. Wohl würden die versteckten Vorräte der Schieber, soweit sie nicht schon ins Ausland verbracht sind oder später verbracht werden, am meisten betroffen werden, ebenso aber eine große Anzahl zufälliger Besitzer; und es ist nicht einzusehen, warum wahllos gerade diese geschädigt werden sollen. Und die Hauptsache ist, daß dadurch nicht ein Gramm Lebensmittel mehr vorhanden ist, daß also gar kein Grund vorliegt, die Preise zu senken. Die Folge wäre also, daß die Schraube der Lohnkämpfe und Preiserhöhungen munter weiterlaufen würde.

Wesentlich großzügiger ist der dem Reichsnotopfer zu Grunde liegende Gedanke. Es entspricht der Zusammenlegung der Aktien bei der notleidenden Aktiengesellschaft. Die Reichsvermögensabgabe soll, wie der Name sagt, vom Vermögen erhoben werden, d. h. vom Geldwert des Vermögens. Jedoch ist jetzt die Frage, wie groß der Geldwert eines Hauses, eines Grundstückes, einer Fabrik, einer Maschine ist, gar nicht zu beantworten. Der Fabrikbesitzer hat z. B. gleichartige Drehbänke aufgestellt, die vor fünf Jahren 800 Mark, vor zwei Jahren 1500 Mark und jetzt 5000 Mark kosten. Sind sie alle nach dem Einstandspreis oder nach dem Jetztpreis anzurechnen? Sollen die stillen Reserven einer Gesellschaft nach dem Wert eingesetzt werden, den sie bei der Herstellung in der Jetztzeit (abzüglich der Abnutzung) besitzen würden? Muß nicht zu diesem Zweck eine vollständige Neueinschätzung sämtlicher Anlegewerte erfolgen, von der dann der entsprechende Abnutzungsbetrag abzusetzen ist? Die Folge würde der Bankrott sämtlicher wirtschaftlichen Unternehmungen sein, da das Reichsnotopfer das eigene Vermögen bei weitem übersteigen würde. Die Unternehmer könnten sich nur durch entsprechend höhere Bewertung ihrer Aktiven in der Bilanz schützen, das Reichsnotopfer stellt sich infolgedessen gar nicht als eine Vermögensabgabe, sondern als eine auf lange Jahre hinaus wirksame Betriebssteuer dar, die aber den schweren Grundfehler besitzt, lediglich nach den Verhältnissen des Stichtags veranlagt zu sein. Werden jedoch die Anlagewerte nach dem Anschaffungswert angerechnet, sind die Besitzer außerordentlich denen gegenüber im Vorteil, die Geld-

werte ihr eigen nennen und die Abgabe demgemäß unbeeinflußt von den Schwankungen der Währung entrichten müssen. Ihnen wird auch eine spätere Entwertung des Geldes nichts nützen wie den Besitzern der eigentlichen Produktionsmittel. Auf jeden Fall muß die jetzige Ungewißheit über den Wert von Gütern die Veranlagung zum Reichsnotopfer außerordentlich unsicher und ungerecht machen. Deshalb wäre es zweifellos besser, damit zu warten, bis eine Festigung des Geldwertes eingetreten ist. Hiervon ganz abgesehen wird die Abgabe wiederum die nicht treffen, denen sie am meisten zugedacht war, die Schieber; denn sie können ihr Vermögen schon deshalb nicht angeben, weil sie es bisher verheimlichen mußten, und werden es früher oder später über die Grenze bringen und dort den ungünstigen Stand der Valuta zu einem dauernden machen helfen. Sicher ist kein Zeitpunkt für die Erhebung des Reichsnotopfers weniger geeignet als der jetzige.

Das Reichsnotopfer kann entweder die Kaufkraft des Geldes im Innern erhöhen oder darauf ohne Wirkung bleiben. Das letztere ist wahrscheinlicher, denn die Arbeiter werden sich einer Erniedrigung der Löhne mit aller Macht widersetzen, leben sie doch des frohen Glaubens, die Revolution habe ihnen die hohen Löhne verschafft und es liege nur an der Profitsucht des Kapitals, den Wucherern und Schiebern, daß sie nicht davon herrlich und in Frieden leben könnten; sie werden also weiter versuchen, ihre Kaufkraft durch Erhöhung der Löhne zu steigern, und es besteht die große Gefahr, daß die Regierung in ihre Schwäche die ihr durch das Reichsnotopfer zufließenden Mittel lediglich dazu benutzen wird, um durch Verbilligung ausländischer Lebensmittel den Zusammenbruch zu verzögern. Zwangswirtschaft nach innen und außen, Wucher und Schiebertum würden ungeschwächt weiter dauern. Das Reichsnotopfer wäre nutzlos gebracht, wir ständen nach einem Jahr vor der gleichen Frage wie jetzt. Soll nun aber gar die Kaufkraft gehoben werden, so ist erst recht die Einfuhr verbilligter Lebensmittel Voraussetzung. Deutschland würde das Eldorado der Ausländer werden, die dank der schlechten Valuta hier unerhört billig leben könnten*), und zwar auf Kosten des Reichs, das die von ihnen verzehrten Lebensmittel wieder teuer aus dem Ausland zukauft. Zwangswirtschaft und Ueberwachung von Ein- und Ausfuhr wären doppelt nötig. In vermehrtem Maße würde die Gefahr bestehen, daß die deutschen Anlagewerte, Anteilscheine, Fabriken, Gebäude, Grundstücke in ausländischen Besitz übergehen.

Von der anderen Seite suchen diejenigen die Gegenwartsaufgaben zu bewältigen, die eine Besserung der Valuta durch Valutakredite an den Staat oder an Private herbeizuführen suchen. Ganz gewiß wäre diese Besserung für uns im jetzigen Zustand vorteilhaft, wo die Einfuhr die Ausfuhr übersteigt; aber wie bereits

*) Für 100 000 Mark in Gold kann man sich jetzt eine Jahresrente von 60 000 Mark kaufen.

erwähnt, würde die Besserung nicht lange vorhalten, da sofort ein ungeheurer Zustrom durch die offene Tür im Westen erfolgen muß, wie sich ja bereits gelegentlich der von Amerika gewährten Kredite gezeigt hat. Zweifellos würde dadurch ferner eine weitere Entwertung des Geldes im Inland verzögert werden, was namentlich den Rentnern zugute käme. Aber der Ausländer gibt den Kredit nicht umsonst, er muß mit einem gewaltigen Risiko bei einer Verschlechterung des Kursstandes rechnen, wenn er den Kredit in Mark gewährt. Das Risiko besteht aber auch dann, wenn der Kredit in ausländischer Währung geleistet wird, nur daß es zunächst den Kreditnehmer belastet und dessen Zahlungsfähigkeit gegenüber dem Gläubiger gefährdet. Erinnert sei an die während des Krieges von verschiedenen Bergwerksgesellschaften in der Schweiz aufgenommenen Anleihen. Die Gefahr ist besonders groß, wenn der Wert der z. B. hypothekarisch beliehenen Anlagen und Grundstücke noch im alten vollwertigen Gelde beziffert ist, während die Hypothek nur im entwerteten Geld geleistet wird. Die Gefahr, daß auf diesem Wege unsere Industrie in die Hände des Auslandes gerät, ist nicht gering. Sie wäre nicht so groß, wenn es sich nur um die Beseitigung eines vorübergehenden Tiefstandes der Valuta handelte, nicht um einen voraussichtlich dauernden. Schon vor dem Krieg war unsere Handelsbilanz passiv, die Zahlungsbilanz jedoch wurde insbesondere durch Einnahmen der Schiffahrt aktiv. Es wird uns deshalb schon an sich nach dem Wegfall der Schiffahrt schwer fallen, eine aktive Zahlungsbilanz zu bekommen, zumal der Bedarf Deutschlands nicht nur an Lebensmitteln im Anfang geheuer und die Landwirtschaft so schnell nicht in der Lage sein wird, falls es überhaupt möglich ist, die Ernährung des Deutschland verbleibenden vorwiegend industriellen und dichtbesiedelten Gebiets sicherzustellen. Schon die bereits jetzt im Ausland befindlichen Milliarden deutscher Noten werden deshalb schwer abzutragen sein und entsprechend den Kurs drücken; hinzu kommen aber noch die gewaltigen Leistungen, die wir nach dem Friedensvertrag an das Ausland abzugeben haben. Eine Valutaanleihe kann deshalb einen dauernden Erfolg nicht bringen. Eine andere Frage ist es hingegen, ob im Ausland eine fundierte Anleihe untergebracht werden kann, um Deutschland über die erste schwere Zeit hinwegzuhelfen und die unbedingt erforderliche Einfuhr zu ermöglichen.

Von allen den für unser Wirtschaftsleben in Betracht kommenden Umständen ist die ausländische Kaufkraft des deutschen Geldes derjenige, auf den wir den geringsten Einfluß haben. Ihn müssen wir als gegeben hinnehmen und versuchen, uns ihm anzupassen, d. h. die Kaufkraft des Geldes im Inland ebensoweit sinken zu lassen, wie im Ausland, ein Verhältnis, dem wir ohnehin mit Naturdrang zustreben. Im Augenblick, wo dies erreicht ist, hat die Zwangswirtschaft sowohl im Innern als in Form der Ueberwachung des Außenhandels keinen Zweck mehr und kann fallen, da das Gesetz von Angebot und Nachfrage seine Wirkung aus-

üben wird. Es schadet nichts, wenn nebenbei die Einfuhr entbehrlicher und die Ausfuhr wichtiger Waren überhaupt untersagt wird. Das ist keine Zwangswirtschaft, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Das Senken des Geldwertes kann erfolgen, indem z. B. die Preise der rationierten Lebensmittel erhöht werden, Mietssteigerungen in gewissem Maße erfolgen dürfen. Es muß dies allmählich und stufenweise geschehen, damit Gehälter und Löhne sowie die übrigen Preise folgen können. Es ist nötig, daß die Erhöhung der Preise der Erhöhung der Einkommen vorausgeht, um keine erhöhte Kaufkraft gegenüber dem Ausland zu schaffen und damit unsern Währungsstand weiter zu verschlechtern. Ist der Gleichstand dem Preise gegenüber dem Ausland einmal annähernd erreicht und die Zwangswirtschaft aufgehoben, wird die ausgleichende Spekulation und der Terminhandel die jetzigen heftigen Valutaschwankungen verschwinden lassen und eine Stetigkeit des Kurses herbeiführen. Wie hoch dieser Kurs sein und wann er sich wieder bessern wird, läßt sich jetzt noch nicht beurteilen. Nimmt man beispielsweise an, daß unsere Valuta etwa auf 1/6 des Friedensstandes stehen bleiben, daß die durchschnittliche Verteuerung auf dem Weltmarkt das Doppelte der früheren Preise betragen wird, so bedeutet dies, daß alle Warenpreise auf das Zwölffache der Friedenshöhe steigen müssen.

Es ist zu prüfen, welche Wirkung diese Maßnahme ausüben wird.

Für die Arbeiter bedeutet die Revolution und die Folgezeit einen riesenhaften Kampf, um den Anteil der Arbeit (im Sinne der Sozialdemokratie) am Ertrag der Produktion der Produktion gegenüber dem Kapital zu steigern. Es ist nicht zu leugnen, daß ihnen dies in weitem Maße gelungen und dadurch eine Reihe der bestgestellten Unternehmungen dem Bankrott nahegebracht worden ist oder wenigstens die in jahrelanger Sparsamkeit angesammelten Reserven eingebüßt hat. Was aber hier dem Werte schaffenden Kapital abgerungen ist, kam nicht etwa den Arbeitern zugute, sondern jener volkswirtschaftlich wertlosen parasitengleichen Schicht der Schieber. Wahrlich ein Erfolg, den die Führer wohl kaum freudig verbuchen werden, wenn sie überhaupt wagen, ihn einzugestehen. Auf jeden Fall aber sind die Arbeiter jetzt derart organisiert und kampfentschlossen, daß sie den Unternehmer in der Lohnfrage bis hart an die Grenze des Möglichen drängen werden. So würde von selbst dafür gesorgt werden, daß der Unternehmer im Ausland den Preis fordert, den er nur immer erzielen kann, und die Inlandspreise werden wieder auf den naturgemäßen Stand gegenüber dem Weltmarkt steigen. Eine Ueberwachung der Preisstellung bei der Ausfuhr wird dann sehr bald wegfallen können. Auf der anderen Seite aber darf der Unternehmer nicht mehr gezwungen werden, Löhne zu zahlen, die ihm Verluste bringen. Es ist dies um so leichter durchzuführen, als ja zunächst noch Lohnerhöhungen in weitem Umfange erfolgen können.

Läßt man die Tagegelder für die Erwerbslosen nicht im gleichen Maße steigen wie die Löhne und Preise, so wird endlich der wohltätige Zwang ausgeübt, um die Arbeitslosen zur Arbeit zu drängen; und bei dem zu erwartenden lebhaften Geschäftsgang und bei dem Bedarf der Landwirtschaft an Arbeitskräften dürften nahezu alle untergebracht werden können. Als ein großes Hindernis des Wiederaufbaus wird sich die bürokratische Regelung der Kohlenwirtschaft erweisen. Früher war der Kohlenmarkt das Thermometer des Wirtschaftslebens; wer für Kohle das Meiste anlegen konnte, erhielt sie; die volkswirtschaftlich wichtigste Unternehmung konnte sie bezahlen. Bei der vorauszusehenden Kohlenknappheit wird die neue Form der Kohlenwirtschaft mangels jedes Anhalts die Kohle entweder dem vorzugsweise zuteilen, der am meisten zu schreien versteht, oder gleichmäßig knapp verabreichen, sodaß die Unternehmungen mit den besten Gewinnaussichten in der Ausnützung gehemmt werden, während die mindergutgestellten infolge der ungenügenden Kohlenlieferung ebenfalls auf keinen grünen Zweig kommen. Jetzt gilt es wie nie, mit dem besten Wirkungsgrad zu arbeiten. Der Schutz der Konsumenten wird in der Praxis meist zu einer Benachteiligung. Glaubt man, daß die Kohlenwerke zu viel verdienen werden, so erlasse man besondere Bestimmungen, falls nicht die sonstigen Steuervorschriften genügen sollten. Aber es muß unbedingt ermöglicht werden, den Bergleuten einen hervorragend guten Lohn zu zahlen, um sich Lebensmittel in nach ihrer Ansicht genügenden Menge zu beschaffen; wird ihnen ein genügender Lohn bei befriedigender Ernährung geboten, werden sie auch geneigt sein, acht Stunden und länger zu arbeiten. Der Marktpreis wird zeigen, inwieweit es möglich ist. Auf diese Weise wird außerdem der Verschleuderung von Kohlen bei den zu Inlandspreisen zu leistenden Zwangslieferungen an die Entente ein Ende gemacht. Selbstredend ist im jetzigen Augenblick die Rationierung auch hier nicht aufzuheben.

Bei der kommenden Geldentwertung darf nun nicht einseitig der Gewinn der Industrie und Landwirtschaft nach dem früheren Maßstab beurteilt werden. Die Produktionsmittel haben ihren früheren Wert beibehalten, das Geld aber ist weniger wert geworden. Wollte man wie früher 8 Prozent als den durchschnittlichen Ertrag des Kapitals in der Industrie ansehen und die Gewinne entsprechend beschneiden, so würde jede Neubildung von Kapital unmöglich sein, die Industrie könnte weder Erweiterungen noch Verbesserungen der Betriebe vornehmen. Schon jetzt bahnt sich eine Entwicklung in der Richtung an, daß das Aktienkapital durch Ausgabe neuer Aktien ohne Agio verwässert wird. Der Schritt entspricht einer richtigen Empfindung und verhilft dem Unternehmen ebenso zu notwendigen Betriebsmitteln wie zu einer der Geldentwertung mehr entsprechenden Bewertung. Hierdurch wird zugleich dem Uebergang der Unternehmungen und Anteilscheine in ausländischen Besitz am besten vorgebeugt. Freilich besteht trotzdem ein

großer Anreiz in der Hoffnung auf späteren besonderen Gewinn bei der voraussichtlich doch einmal eintretenden Besserung der Valuta. Wenn seine Auswirkung noch nicht mehr bemerkbar geworden ist, so hat das seinen Grund in der Unsicherheit der politischen Verhältnisse.

Wie der Industrie muß die Freiheit auch der Landwirtschaft zugute kommen. Befreit von der Knebelung durch die Zwangswirtschaft kann der Landwirt die Löhne zahlen, die ihm Arbeitskräfte beschaffen, kann er seine Felder in der durch langjährige Erfahrung als bester bekannter Weise bestellen und die nötigen Verbesserungen durchführen. Unsere einzige Rettung ist die hingebendste Arbeit der Landwirtschaft, um uns tunlichst von der Einfuhr ausländischer Lebensmittel unabhängig zu machen.

Die völlige Verkehrtheit unserer jetzigen Verhältnisse zeigt sich am besten in den Baukostenbeihilfen beim Bau von Wohnhäusern. Das Geld wird aus einer Tasche in die andere gesteckt, ohne doch einen einigermaßen befriedigenden Erfolg zu erzielen. Besteht die Aussicht, einen den Baukosten entsprechenden Mietzins zu erhalten, so wird die Bauspekulation schon dafür sorgen, daß binnen kurzer Zeit dem Wohnungsmangel abgeholfen wird, sei es auch durch Lehmstampfhäuser, solange keine Ziegel zu haben sind. Statt dessen ruiniert man die Hausbesitzer, indem man ihnen im Gegensatz zu den Mietern keine der Geldentwertung entsprechenden Einkommenssteigerung erlaubt. Auch hier müßte die Zwangswirtschaft allmählich abgebaut werden, indem man etwa von Vierteljahr zu Vierteljahr Steigerungen zuläßt. Wenn nebenher gemeinnütziges Siedelungswesen betrieben wird, kann das allzuhohe Anschwellen der Grundrente wirkungsvoll vermieden werden.

Für den Verbraucher ist es gleichgültig, nach welchem Geldfuß er bezahlt, wenn seine Einnahmen entsprechend gestaltet sind. Daß die Lebenshaltung des deutschen Volkes jahrzehntelang eine überaus kümmerliche sein wird, ist nicht eine Folge der Geldentwertung, sondern ebenso wie diese eine Folge des verlorenen Krieges. Alle Personen, die durch Arbeit ihr Einkommen verdienen, haben die Möglichkeit, sich durch erhöhte Einnahmen einen gewissen Ausgleich zu schaffen. Der Handel wird es bei der noch lange bestehenden Knappheit aller Waren in besonderem Maße tun können. Anders dagegen steht es mit den Personen, die auf feste Geldbezüge angewiesen sind. Bei Staatsbeamten muß eine genügende Aufbesserung der Gehälter stattfinden, Privatangestellte werden sie sich ebenso wie die Arbeiter zu verschaffen wissen. Pensionen, Renten der Sozialversicherung müssen ebenfalls erhöht werden.

Nur eine Schicht des Volkes wird unter der Geldentwertung unwiderruflich schwer zu leiden haben, die Besitzer festverzinslicher Werte, darunter die vielen Zeichner von Kriegsanleihen, die Versicherungsnehmer bei Lebens- und Rentenversicherungen u. a. m. Wer früher im Besitz von 100 000 Mark war, konnte als bescheidener Rentier leben, künftig ist er Proletarier. Insofern ist der

Wunsch der Sozialdemokratie erfüllt, das arbeitslose Einkommen zu treffen. Bei der Unmöglichkeit, die Zinsen der Staatsschulden zum Markwert der Geldwährung zu decken, ist es schließlich ungeachtet aller menschlichen Teilnahme für die Betroffenen einerlei, ob die Zinsen im Weg des Staatsbankrottes zum größten Teil unbezahlt bleiben, oder zwar dem Betrage aber nicht dem Werte nach ausbezahlt werden. Darüber hinaus aber muß den durch die Geldentwertung am schärfsten Betroffenen irgend welche Hilfe gebracht werden.

Für den Staat stellt sich dann die Rechnung ungefähr folgendermaßen: Der Güterwert erhöht sich vielleicht von 300 auf 1800 Milliarden Mark, wozu noch 200 Milliarden Mark Staatsschulden kommen, denen ein Vermögen von 2000 Milliarden Mark gegenübersteht; die Unterbilanz ist also verhältnismäßig außerordentlich verringert. Entsprechend erhöht sich das Einkommen von 40 auf 240 Milliarden Mark, sodaß die Bezahlung der 10 Milliarden Schulden nur noch wenig mehr als 4 Prozent des Volkseinkommens bedeutet. Bei dieser Sachlage ist es sogar möglich, den Besitzern der Anleihen vorübergehend z. B. eine höhere Verzinsung zu geben und die hierzu nötigen Mittel durch Anleihen zu beschaffen, um über die erste schwere Zeit hinwegzuhelfen.

Die ungeheuer gestiegenen Aufgaben und Ausgaben des Reichs werden dafür sorgen, daß auf allen Bevölkerungskreisen der schwerste Steuerdruck lastet, und diese Steuern werden besser als alle Vorschriften bewirken, daß die Ausfuhr in die Höhe getrieben und die Einfuhr unterbunden wird. Die Kaufkraft Deutschlands wird lange Zeit gering bleiben; dafür sorgen die Bedingungen des Friedens von Versailles. Ob freilich die Urheber dieses Friedens sich des derart künstlich aufgepeitschten Ausfuhrdranges lange freuen werden, steht auf einem anderen Blatt. Schon jetzt dringen besorgte Stimmen aus Amerika zu uns herüber.

Vorstehende Ausführungen sollen einen Weg zeigen, auf dem Deutschland wieder zur Gesundung kommen kann, dem überdies die Entwicklung mit unerbittlicher Kraft von selbst zudrängt, mag sie auch durch verfehlte Maßnahmen der Regierung zu unser aller Schaden zurückgehalten werden. Mögen auch über die Art der Ausführung Meinungsverschiedenheiten herrschen, so sollte doch das Ziel ins Auge gefaßt werden. Das würde auf der einen Seite der Regierung die jetzt so vermißte Stetigkeit in ihren Maßnahmen, auf der anderen Seite dem Wirtschaftsleben einen neuen Anreiz zur Entfaltung geben, das jetzt durch die Furcht vor künftigen niedrigeren Preisen vor neuen Unternehmungen zurückscheut, anstatt die jetzigen noch billigen Zeiten zur Beschaffung der nötigen Einrichtungen zu benützen.

3 0112 061782873



# Inhalt:


| | Seite |
|---|---|
| 1. Die Kaufkraft des deutschen Geldes im Inland . . . . | 5 |
| 2. Die Kaufkraft des deutschen Geldes im Ausland . . . . | 9 |
| 3. Zwangswirtschaft und Außenhandel . . . . . | 10 |
| 4. Der Ausweg . . . . . | 12 |